

Antrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Mag.^a Silvia Moser, Dominic Hörlezeder

betreffend **Entscheidung über das Aus für das Orchester der Bühne Baden und Änderungen bei den NÖ Tonkünstlern neu bewerten**

Niederösterreich hat eine Kulturstrategie, in der man liest:

„Struktur und Handlungsfelder

Die Bedeutung von Kunst und Kultur für die Gesellschaft soll in der hier vorliegenden Kulturstrategie noch klarer zum Ausdruck kommen. Denn der künstlerisch-kreative Prozess – ob in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – bildet den Ursprung einer Vielzahl von Handlungen, die als wichtig und relevant anerkannt werden.

Um das zu visualisieren, wurde für die aktualisierte Strategie die Metapher des Baumes gewählt, dessen starkes und vitales Wurzelwerk Kunst und Kultur sind. Daraus erwächst ein Stamm, gebildet aus den Leitlinien, an denen sich die Weiterentwicklung von Kunst und Kultur in Niederösterreich orientiert.

Dafür wurden vier Begriffe gefunden: **partizipativ - kreativ - kooperativ - divers.**“

In der NÖKU GmbH läuft offensichtlich trotz guter vertraglich abgesicherter Förderung des Landes ein Sparprogramm, das das Aus für das Orchester der Bühne Baden und einen Ersatz durch die NÖ Tonkünstler vorsieht.

Im ganzen Land zweifeln Fachleute an den langfristigen, wirtschaftlichen Einsparungen durch das Vorhaben. Die Einsparung sei gegenüber dem Imageschaden des Kulturlandes unverhältnismäßig.

Da es sich um eine GmbH handelt und die VertreterInnen aus dem Amt der NÖ Landesregierung als Aufsichtsräte zwei unvereinbare Hüte tragen, gibt es keine kulturpolitische Kontrolle zu diesem Vorhaben.

Die Annahme von GF Paul Gessel mag nach der Kulturstrategie des Landes im besten Falle „kreativ“ sein, sie hat aber weder „partizipativ“ noch „kooperativ“ stattgefunden. Beide Orchester wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, was für eine moderne Führung eher unpassend erscheint.

Offensichtlich sind sowohl die für Kultur zuständige Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als auch der Geschäftsführer der NÖKU Paul Gessl nach den kritischen Berichten des Landesrechnungshofes von einem Extrem (hohe Fördersummen, die Ansparungen erlauben) ins andere (Orchester zerstören) gekommen.

Um dem Kulturland verpflichtet, eine nachhaltige (Kulturstrategie!) Lösung und mögliche Einsparungen in der NÖKU zu finden, braucht es einen größeren Kreis zur Beratung.

Zur Klarstellung des Sachverhaltes sei angemerkt, dass die Kulturstrategie und die Umsetzung dieser im Amt der NÖ Landesregierung angesiedelt ist:

„Die Verwirklichung der Ziele der Kulturstrategie ist nur im Zusammenspiel aller Akteur*innen über einen mehrjährigen Zeitraum möglich. Die Steuerung und Unterstützung des Prozesses, besonders aber die Sichtbarmachung der Fortschritte auf dem Weg zur Umsetzung liegen im Aufgabenbereich der Abteilung Kunst und Kultur. Zusätzlich sollen besonders gelungene Projekte, die den Überlegungen der Kulturstrategie folgen, durch gezielte Präsentation sichtbar gemacht werden und so Vorbildwirkung auf andere Initiativen und Projektträger*innen entfalten. In erster Linie lässt sich das durch regelmäßige Veröffentlichungen der Best-Practice-Beispiele auf der Website kultur.noe.at bzw. jährliche Fortschrittsberichte erreichen. Letztere sollen in komprimierter Form in den schon bisher jährlich erscheinenden Kulturbericht des Landes Niederösterreich Eingang finden.

Eine besondere Rolle bei der Umsetzung der Kulturstrategie kommt dem Niederösterreichischen Kultursenat zu, der bereits in den Prozess von deren Er- und Überarbeitung intensiv involviert war. Er ist als Gremium gemäß Niederösterreichischem Kulturförderungsgesetz 1996 für die Beratung der Kulturpolitik zuständig. Die jährlichen Fortschrittsberichte werden dem Kultursenat künftig zur Debatte übermittelt. Sich daraus ergebende Erkenntnisse werden vom Niederösterreichischen Kultursenat – in gut gelebter Praxis – als Empfehlungen an die Kulturpolitik weitergegeben.

Mit der vorliegenden Strategie für Kunst und Kultur in Niederösterreich sind die Visionen, die strategischen Ziele, die Grundlagen, Leitlinien und Handlungsfelder, vor allem die Herausforderungen und Chancen für Kunst und Kultur in Niederösterreich möglichst klar umrissen. Niemand kann die Zukunft vorhersehen, aber die Strategie für Kunst und Kultur soll bestmögliche Orientierung bieten und Klarheit schaffen, um im Zusammenwirken aller Akteur*innen das Kulturland Niederösterreich gemeinsam weiterzuentwickeln.“

Im Kulturförderungsgesetz ist in § 8 der NÖ Kultursenat definiert:

(1) Die Landesregierung hat einen NÖ Kultursenat zu ihrer Beratung in allen grundsätzlichen Belangen kulturellen Handelns in Niederösterreich zu bestellen. Er soll eine Vertretung aller Teilbereiche der Kultur und der Regionen in einem ausgewogenen Verhältnis gewährleisten.

(3) Der NÖ Kultursenat kann für die Bearbeitung einzelner Themen Ausschüsse einsetzen.“

Um die Einsparungen und Konsolidierungen „partizipativ“ gemäß moderner Demokratie für das Kulturland Niederösterreich zu behandeln, braucht es eine demokratische Kontrolle durch den Landtag betreffend die historische Veränderung, dass die Bühne Baden nach 170 Jahren kein eigenes Orchester mehr haben soll und weitere Einsparungen im Kulturbetrieb der NÖKU. Ziel muss es sein, das Orchester der Bühne Baden nachhaltig zu erhalten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. „Die NÖ Landesregierung , insbesondere die Kulturreferentin des Landes Niederösterreichs, Frau Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner, wird ersucht, den NÖ Kultursenat um Bearbeitung und Bericht des Themas „Einsparung des Orchesters der Bühne Baden und Änderungen im Betrieb der NÖ Tonkünstler hinsichtlich mittel- und langfristiger Wirtschaftlichkeit sowie kulturpolitischer Sinnhaftigkeit“ sowie des Themas „Konsolidierungsvorhaben in der NÖKU GmbH und mögliche Änderungen im Fördervertrag der NÖKU mit dem Land“ zu ersuchen.
2. Die NÖ Landesregierung wird weiters aufgefordert, den Bericht des Kultursenates dem NÖ Landtag zur Debatte und zur Kenntnisnahme vorzulegen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem KULTUR-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.